



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Neujahrsempfang am 19. Januar 2016

Ansprache von Frau Carola Schaar, Präsidentin der IHK Halle-Dessau

Zeitgeist und Unternehmertum

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihr Grußwort. Sie haben nicht nur die Erfolge der Landesregierung dargestellt, sondern auch den wertvollen Beitrag der Unternehmerschaft zur Entwicklung unseres Landes hervorgehoben. Haben Sie dafür herzlichen Dank!

Selbstverständlich weiß auch die IHK erfolgreiche Bemühungen der Landesregierung zu würdigen – so insbesondere etwa bei der Haushaltskonsolidierung. Wahrlich keine angenehme Aufgabe! Dieser Kurs ist richtig. Deshalb möchte ich der Landesregierung an dieser Stelle ausdrücklich meinen Respekt aussprechen – auch wenn über Schwerpunktsetzungen natürlich unterschiedliche Auffassungen bestehen können.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Wirtschaft nicht mit allem, was die Politik tut, glücklich sein kann. Aber wir Unternehmer wissen auch, dass Politik nicht im luftleeren Raum stattfindet. Es gibt Zwänge. Das gilt in beiden Welten – in der Politik ebenso wie in der Wirtschaft.

Also tun wir gut daran, von uns wechselseitig nichts Unmögliches zu verlangen. Reale Politik sollte sich nicht an Utopien messen lassen müssen. Wirtschaft freilich auch nicht. In Wirtschaft und Politik gilt es, unter den tatsächlich möglichen Alternativen die jeweils vernünftigste zu wählen. Dafür braucht man gegenseitiges Verständnis. Was Politik und Wirtschaft voneinander erwarten können und welche Rolle dabei Unternehmertum spielt, darauf will ich heute eingehen. Und: Wie wirkt sich der herrschende Zeitgeist aus?

Verehrter Herr Vizepräsident Dr. Günther! Heute ist auch Ihr Jubiläum! Deshalb sind wir heute hier. Sie haben die Geschichte des Standortes Leuna eindrucksvoll dargestellt. Und dieser Standort hat nicht nur eine große Tradition, sondern er ist auch heute noch strukturbestimmend für unsere Region. Der Standort ist ein großartiges Beispiel dafür, dass Tradition und Fortschritt zusammen gehören.

Denn wir brauchen beides – Tradition und Fortschritt, wenn wir unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft weiter voran bringen wollen! Dies illustrieren auch die Bücher über den Standort Leuna, die für Sie an den Garderoben ausliegen. Bitte nehmen Sie sich ein Exemplar mit!

„Zeitgeist und Unternehmertum“ – das ist heute mein Thema.

Höchstens fünf Prozent der Bevölkerung sind unternehmerisch tätig. In den Parlamenten etwa muss man uns Unternehmer mit der Lupe suchen. Und Regierungsmitglieder, die in ihrem bürgerlichen Beruf Unternehmer sind oder zumindest einen Gutteil ihres Berufslebens in einem privaten Unternehmen gearbeitet haben, gibt es praktisch überhaupt nicht mehr!

So erklärt sich vielleicht, weshalb heute so viel Halbwahrheiten und Halbwissen, Mythen und Vorurteile über Unternehmer kursieren. Die Wahrheit hingegen lautet: Ohne Unternehmer funktionieren Wirtschaft und Gesellschaft nicht!

Ohne Unternehmer keine Arbeitsplätze und kein Einkommen, ohne Unternehmer keine Steuern und keine Sozialabgaben, mit denen wir unseren Staat finanzieren. Also auch keine Investitionen in Infrastruktur, Schulen, Hochschulen und und und. So gesehen, entsteht all unser Wohlstand letzten Endes in Unternehmen. Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer: Sie dürfen ruhig ein wenig stolz auf sich sein!

In einer Neujahrsrede darf auch ein kleiner Jahresrückblick nicht fehlen: Im vergangenen Jahr feierten wir das 25. Jubiläum der Wiedervereinigung!

Für Ostdeutschland hatte die Wiedervereinigung nicht nur eine politische, sondern auch eine gewaltige wirtschaftliche Dimension. Zeitgleich mit dem politischen fand auch der wirtschaftliche System-wechsel statt: Die Einführung der Marktwirtschaft kam über Nacht. Dass wir heute hier als Unternehmer und Unternehmerinnen unser Leben, das Auskommen unserer Familien und auch das der Familien unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern, wäre ohne die Wiedervereinigung undenkbar!

Was haben wir in diesen 25 Jahren erreicht? Nun, das ist weiß Gott nicht wenig!

So erfüllt uns die Friedliche Revolution bis heute mit Stolz. Und nicht nur die Freude war groß, auch die Erwartungen. Eine Vielzahl neuer Freiheiten war mit der Einheit verbunden: Pressefreiheit, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, Recht auf Privateigentum und für uns Ostdeutsche ein ganz besonderes Gut: Meinungsfreiheit. Das war der Zeitgeist des Aufbruchs.

Im Laufe der Zeit haben sich die Lebensverhältnisse zwischen Ost und West angenähert: Die Wohnsituation vieler Menschen verbesserte sich, Verkehrsnetze und Städte wurden modernisiert, die Umweltverschmutzung wurde gestoppt.

Zugleich nutzten nicht wenige die neu gewonnene Freiheit, um ein eigenes Unternehmen zu gründen. Nicht immer ging das gut – so manches junge, im Überschwang gegründete Unternehmen konnte sich nicht dauerhaft behaupten. Aber andere konnten sich etablieren, und es wuchs eine neue Unternehmergegeneration heran!

Auf der einen Seite standen also die gewonnene persönliche und wirtschaftliche Freiheit, auf der anderen die enormen Umwälzungen, die viele als Schock empfanden.

Es ging aufwärts, langsam zunächst, aber stetig und stets geprägt vom festen Aufbau- und Gestaltungswillen. Erste Neuansiedlungen von international agierenden Chemiekonzernen setzten starke Impulse, unter anderem beispielsweise hier in Leuna. Dabei war es geradezu ein „Geniestreich“, den für die alten Kombinate typischen „Stoffverbund“ in Form von Chemieparcs zu erhalten. Dieses Modell war und ist besonders hier in Leuna erfolgreich.

Heute ist dies ein Alleinstellungsmerkmal unseres Wirtschaftsstandortes, das mittlerweile von westdeutschen Chemieregionen nachgeahmt wird! Das Potential unserer Region wurde also erkannt und genutzt. Davon profitieren wir heute alle.

Wir müssen weiter gemeinsam an der Zukunft unserer Region und unseres Landes arbeiten. Denn der Aufbau Ost ist eine Erfolgsgeschichte, insbesondere eine Geschichte freiheitlichen und unternehmerischen Erfolgs.

Heute allerdings ist diese Aufbruchstimmung offenbar verblasst – und mit ihr die Idee der Freiheit und der Veränderung.

Es geht nicht mehr um große politische Fragen. Es geht nicht mehr um Ideen und Visionen, sondern oftmals nur noch um das Klein-Klein des politischen Tagesgeschäfts.

Wir sind schon träge und müde geworden, weil es lange her ist, dass wir für die Freiheit kämpfen mussten. Aber dieser Zeitgeist der Trägheit, des kurzsichtigen Pragmatismus und der Abstinenz von allen großen Idealen ist gefährlich. Denn ohne ein Ziel, das wir in der Ferne ansteuern, fehlt unseren Einzelentscheidungen nicht nur die Richtung, sondern wir laufen sogar Gefahr, die erkämpfte Freiheit Stück für Stück wieder zu verlieren. Ich möchte 3 Aspekte des Freiheitsgedankens aufgreifen: Meinungsfreiheit, unternehmerische Freiheit und Pressefreiheit.

Meinungsfreiheit:

Das bedeutet: nicht dem Mainstream folgend, nicht mundtod machend, nicht persönlich, menschlich verletzend oder gar vernichtend, nicht anonym in den sozialen Netzwerken stattfindend, wo sich jeder mehr oder minder qualifiziert zu allem und jedem äußern kann. Sondern: offen auf Probleme, Sorgen, Ängste hinweisend, sich kritisch und sachlich mit den Entwicklungen auseinandersetzend, die Freiheit des Andersdenkenden respektierend.

Hier erfordert der Zeitgeist viel Mut. Nur weil alle dasselbe sagen, heißt das noch lange nicht, dass es die Wahrheit ist.

Nun, etwas ausführlicher, zur unternehmerischen Freiheit:

Das bedeutet: die Freiheit, Ideen entwickeln und diese im Wettbewerb um die beste Lösung – und durchsetzen zu können – im eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Gesellschaft. Selbst machen!

Zur Erinnerung: Planwirtschaft und staatliche Steuerung hatten wir abgeschafft. Viele mögen sich erinnern, wie die Planwirtschaft uns alle zum ständigen Improvisieren gezwungen hat, um unbeabsichtigte Folgen zentraler Fehlentscheidungen dann in den Betrieben und Haushalten irgendwie abzumildern. Es gab Produktionsbereiche und Waren, die massiv subventioniert wurden – zulasten anderer Sektoren. Und es waren genau solche Kosten, die immer weiter anstiegen und unter denen das System letztlich zusammenbrechen musste. Haben wir daraus gelernt?

Offenbar ist der Zeitgeist heute so beschaffen, dass Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft schlichtweg ausgehebelt werden. Ohne Rücksicht darauf, in welche Schwierigkeiten uns das auf lange Sicht führen kann.

Ich möchte einige Beispiele nennen, die Besorgnis erregend sind:

Energiepolitik: Staatlich garantierte Einspeisevergütungen über Jahrzehnte, deren Kosten einfach auf Haushalte und Unternehmen abgewälzt werden, Anschlusszwänge hier und Abschaltverbote da.

Frauenquote: Eine staatlich verordnete Personalpolitik und eine mittelstandfeindliche Reform der Erbschaftssteuer.

Mietpreisbremse: Zum Glück in Sachsen-Anhalt bisher nicht angewendet, wird keine einzige zusätzliche Wohnung schaffen.

Angekündigt wurden zudem: eine noch stärkere praxisfremde Regulierung von Werkverträgen und Zeitarbeit, die diese wichtigen Flexibilisierungsinstrumente noch unattraktiver machen.

All diese Beispiele atmen den Un-Geist von Bevormundung bis Zentralismus.

Und nicht zu vergessen: auch der staatlich verordnete Mindestlohn, der gerade in Ostdeutschland einige Branchen hart getroffen hat. Steigende Arbeitskosten waren dabei aber noch nicht einmal das größte Problem.

Die Tarifautonomie wurde einfach außer Kraft gesetzt. Und um kontrollieren zu können, ersann man überaus bürokratische Aufzeichnungspflichten. Es entstanden zudem Wechselwirkungen mit anderen Gesetzen. So etwa mit dem Arbeitszeitgesetz, das nun mancherorts überhaupt nicht mehr zur Realität passt, oder auch mit dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, die Unternehmerschaft stünde unter Generalverdacht. Dieses Misstrauen schmerzt.

Gewiss: Mit ehrlicher Absicht und dem vermeintlich Sozialen im Blick lässt sich viel Gutes tun, in Zeiten einer guten konjunkturellen Lage sowieso. Trotzdem muss ein privater Unternehmer sein Unternehmen am Markt halten. Die Mitarbeiter müssen mindestens so viel erwirtschaften, wie sie das Unternehmen kosten. Sonst verzehren die Verluste ein Unternehmen auf Dauer. Erst „schwindet“ es und dann „verschwindet“ es. Nämlich vom Markt und mit ihm dann alle Arbeitsplätze.

Staatlich verordnete Sanktionen:

Auch hier hat es den Osten Deutschlands wieder hart getroffen. Historisch gewachsene oder neu entstandene Geschäfts- und Handelsbeziehungen mit Russland und der Ukraine standen und stehen auf der Kippe. Die EU-Sanktionen wurden vorerst verlängert bis zum 31. Juli 2016.

Die berechtigte Kritik an der russischen Ukraine-Politik darf nicht dazu führen, dass all die Fortschritte, die in den letzten 25 Jahren mit Russland erreicht wurden, aufgekündigt werden. Es ist nicht zu verstehen, dass ein Land wie Russland als Schwellenland eingestuft und vom Tisch der G8 verbannt wird. Zitat aus einem Aufruf von 60 Persönlichkeiten der Bundesrepublik: „Einbinden statt ausschließen, muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein“. Ein historischer Rückblick zeigt: Handelssanktionen waren immer ein gefährliches Unterfangen für den Frieden.

Dieses Thema beschäftigt die Unternehmer auch in unserer Region stärker, als gemeinhin an die Öffentlichkeit dringt. Uns Unternehmern bereitet die Entwicklung große Sorgen.

Müssen wir Angst haben, Angst um den Frieden in Europa?

Diese Aufzählung anti-marktwirtschaftlicher Maßnahmen ist beileibe nicht vollständig. Darauf kommt es aber auch gar nicht an.

Worauf es mir ankommt, ist die Vermutung, dass es sich bei dieser Aufzählung nicht „nur“ um einige wenige unglückliche Einzelentscheidungen zur Beschränkung unternehmerischer Freiheit handelt. Nein, ich vermute vielmehr, dass dies etwas mit dem „Zeitgeist“ und dem Unverständnis von Unternehmertum zu tun hat.

Denn offenbar ist der Zeitgeist heute so beschaffen, dass Grundsätze und Visionen im Sinne „großer Würfe“ aus der Mode gekommen sind. Stattdessen ist es modern geworden, sich durch Einzelprobleme irgendwie „durchzuhangeln“, ohne Konzept und ohne große Linie.

Ich glaube nicht, dass wir die Zukunft gewinnen können, wenn wir diesem Zeitgeist des Durchwurstelns weiter folgen.

Und drittens noch kurz zur Pressefreiheit:

Journalisten decken auf, hinterfragen, bleiben dran und sorgen dafür, dass unliebsame Angelegenheiten nicht in der Versenkung verschwinden. Gleichzeitig haben sie jedoch auch die Pflicht zur vorurteilsfreien, auf soliden Recherchen basierenden Berichterstattung.

Auch die erkämpfte Pressefreiheit darf nicht auf dem Altar des Kosten- und Zeitdrucks sowie des Schlagzeilen-Diktats geopfert werden. Und abschließend: Künftig werden Freiheit und Sicherheit, auch in Deutschland, einen der wichtigsten Stellenwerte einnehmen.

Blicken wir nach vorn. Was wird uns im Jahr 2016 herausfordern?

Das aktuell noch stabile Konjunkturklima ist durchaus kein Grund, sich entspannt zurückzulehnen. Unsere Unternehmensumfragen zeigen jedenfalls, dass eigentlich nur die aktuelle Lage insgesamt recht gut beurteilt wird. Die Erwartungen hingegen fallen eher pessimistisch aus.

Die Wirtschaftskraft, also das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner oder Erwerbstätigen, liegt in Ostdeutschland nur bei etwa 70 bis 80 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus. Noch immer ist die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt höher als im Westen, noch immer sind die durchschnittliche Wertschöpfung oder auch die Exportquote geringer als in Westdeutschland.

Allerdings sollten wir uns von solchen Statistiken auch nicht verrückt machen lassen. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die diesen Abstand relativieren. So sind die allgemeinen Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland geringer als im Westen. Der „reale“ Abstand bei Löhnen und Kaufkraft ist also in Wahrheit geringer, als auf dem Papier steht.

Zudem ist die Kinderbetreuung bei uns im Osten ungleich besser – manche im Westen bezeichnen diese gar als „traumhaft“. Dies ist als Standortvorteil ein Pfund, mit dem wir viel öfter und stärker wuchern sollten! Familie und Beruf sind bei uns viel besser miteinander vereinbar. Die Frauenerwerbsquote ist deutlich höher als im Westen, das Haushaltseinkommen dadurch beinahe genauso hoch.

Wo drückt den Unternehmen der Schuh noch besonders?

Nun, jeder zweite Betrieb kann nicht mehr alle freien Ausbildungsplätze besetzen. Die Schulabgängerzahlen haben sich innerhalb weniger Jahre halbiert; zudem drängt die Jugend immer stärker an die Hochschulen. Für unsere Chemieregion besonders besorgniserregend: Chemikanten werden knapp.

In Sachsen-Anhalt sind etliche Maßnahmen ergriffen worden, um gegen das Fachkräfteproblem, das mittlerweile alle Branchen erfasst hat, anzukämpfen. Fast alle Branchen. Wie steht's eigentlich mit der Politik? Gibt es denn auch ein Fachkräfteproblem bei Politikern?

Mittlerweile eine der wichtigsten Fragen: Wie sieht es mit dem Breitbandausbau aus?

Wenn wir hier aufholen, und Sachsen-Anhalt hat ein beachtliches Programm mit viel Geld aufgelegt, dann könnten wir als Land punkten. Alle Branchen brauchen dieses sogenannte schnelle Internet. Unser Programm muss also schnellstens auch umgesetzt werden.

Wir sollten ein Tempo vorlegen, wie bei der Einführung der erneuerbaren Energien. Unser Ministerpräsident hat es in seinem Grußwort erwähnt: Der Wanderungssaldo hat sich zum Positiven verändert. Es kommen mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt als wegziehen.

Was können wir tun, damit noch mehr junge Leute zu uns kommen, damit sich noch mehr Unternehmer und Unternehmen bei uns ansiedeln?

Unser Land bietet gute Rahmenbedingungen für eine neue Aufbruchstimmung und Gründerszene. Gestiegene Löhne und Gehälter, Kindergartenplätze, Hochschulen und Universitäten, Sport und Kultur. Alles da. Und nicht zuletzt die zentrale Lage Sachsen-Anhalts mit hervorragenden Verkehrsanbindungen in alle Himmelsrichtungen.

In Sachsen-Anhalt gibt es noch genügend Platz, um sich anzusiedeln. Das aber muss für Firmen und Menschen, besonders für die jüngeren, attraktiv sein. Also sollten wir ihnen kostengünstig Land geben, wo sie Häuser bauen können und Familien gründen (oder auch umgekehrt). Ein Haus zu besitzen ist nach wie vor für viele junge Menschen ein Traum, der jedoch in etlichen Regionen Deutschlands durch die hohen Preise kaum realisierbar ist. Das wäre auch ein interessanter Ansatz zur Wiederbelebung der städtischen Vororte und der Dörfer und Gemeinden. Die Idee ist keineswegs neu. Aber funktioniert hat sie eigentlich immer.

Uns wird im Jahr 2016 zudem jenes Thema beschäftigen, ohne das derzeit keine Rede auskommt: die vielen Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen.

Ich habe großen Respekt vor den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sowie den Beschäftigten in Landkreisen und Kommunen. Nicht zu vergessen auch die Ordnungskräfte, wie Polizei und Feuerwehr und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im medizinischen Dienst.

Aber uns als Gesellschaft mit demokratischen Werten muss bewusst sein: Warm, trocken und satt, ist zu wenig. Es genügt nicht, nur zu kitten und Scherben aufzufügen. Wir dürfen Probleme nicht unter den Teppich kehren. Wir brauchen auf die Zukunft ausgerichtete, an den Entwicklungen in Europa und außerhalb dessen orientierte politische Entscheidungen.

Entscheidungen, die unvoreingenommen die möglichen langfristigen Folgen unseres heutigen Handelns nüchtern und abwägend in den Blick nehmen. Keine Entscheidungen, die moralisierend von den Gefühlen des Augenblicks getragen werden.

Denn nicht nur im Jahr 2016, sondern auch darüber hinaus, wird Europa, wird Deutschland, werden wir alle, bedingt durch den Anstieg der Weltbevölkerung und auch durch den Klimawandel Enormes zu stemmen haben. Der Anstieg der Bevölkerungszahlen findet ausschließlich außerhalb Europas statt. Dies, in Verbindung mit der Erwärmung und der zunehmenden Zahl regionaler und lokaler Kriege, wird viele Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertreiben und zu enormen Wanderungsströmungen führen.

Beim Thema Flüchtlinge engagiert sich die IHK im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch Unterstützung diverser Projekte. Bewährte Strukturen, Verfahren und Zuständigkeiten dürfen dabei aber nicht über Bord geworfen werden. Denn eine IHK kann und darf eben so manches auch nicht leisten.

Ich bin überzeugt, jeder von uns ist bereit, Menschen aufzunehmen und zu unterstützen, die vor Krieg und politischer Verfolgung flüchten.

Viele Unternehmen haben signalisiert, dass sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Flüchtlinge anbieten. Integration ist das Zauberwort. Man darf dazu nur nicht die rosarote Brille aufsetzen. Über eine Million Menschen sind im vergangenen Jahr zu uns gekommen.

Es ist uns doch bis jetzt noch nicht einmal gelungen, die Generationen zu integrieren, die seit Jahrzehnten bei uns leben. Ich spreche besonders von der Generation der Enkel, deren Großeltern als Gastarbeiter zu uns kamen. Diese Jugendlichen sind hier geboren und sprechen deutsch. Die Probleme, die sich in dieser Gruppe entwickeln, haben wir überhaupt nicht auf dem Schirm. Wer von uns kennt sich schon aus mit Islam, diversen Islamverständnissen oder gar Islamismus?!

Was wird uns noch beschäftigen?

Nun, 2016 ist ein Wahljahr. Im März wird ein neuer Landtag gewählt. Ich kann alle Wahlberechtigten nur dazu ermuntern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen – hart genug erkämpft war es ja. Zudem ist eine hohe Wahlbeteiligung ein notwendiges Mittel gegen den Einzug extremistischer Parteien.

Unsere Stimmen als Unternehmer reichen beileibe nicht für sichere Mehrheiten. Aber wir können mit unseren Mitarbeitern darüber sprechen, wie wichtig gute Rahmenbedingungen sind, damit die Sicherung von Arbeitsplätzen und ein gutes Auskommen für möglichst viele Menschen gewährleistet wird. Viele gute Argumente finden Sie in unserer IHK-Broschüre zur Landtagswahl, die an den Garderoben für Sie ausliegt!

Allerdings herrscht Wettbewerb nicht nur in der Marktwirtschaft, sondern auch in der Demokratie: So wie ein Unternehmer aus dem Markt ausscheiden kann, so wird auch ein Politiker aus dem Politik-Betrieb ausscheiden müssen, wenn er Positionen vertritt, die nicht mehrheitsfähig sind.

Politiker und Unternehmer sollten trotzdem nicht immer nur dem Zeitgeist hinterherhecheln und ihre Fähnchen nach dem Wind hängen. Im Gegenteil! Große politische und unternehmerische Leistungen zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie dem Zeitgeist vorausseilen und ihn so verändern und prägen!

Unternehmer müssen sich ständig bewegen und neue, bessere Angebote unterbreiten. Für die Politik gilt ähnliches: Auch Wähler verleihen Macht nur auf Zeit. Und natürlich spielen dabei Meinungen eine große Rolle. So wie die Marktforschung Unternehmen helfen kann, mag auch die Demoskopie eine Hilfe sein. Es wäre aber für die Politik nicht gut, sich die konkreten Inhalte durch politische Marktforschung liefern zu lassen. Denn wenn alle Parteien nur der Meinungsforschung folgen, dann werden ihre Programme einander zwangsläufig immer ähnlicher; so ähnlich, bis der Wähler eben am Ende keine wirkliche „Wahl“ mehr hat.

In der Politik geht mit der Freiheit, etwas gestalten zu dürfen, auch die Verantwortung einher, den Wählern unterschiedliche – und unterscheidbare – Angebote zu unterbreiten.

Vor der Pflicht zum Handeln kann man sich nicht drücken! Kein Unternehmer und auch kein Politiker.

Was gibt es vor Ort konkret zu tun?

Seit nunmehr 10 Jahren warten wir auf den Lückenschluss des Autobahnringes um Halle, dabei fehlen nur 12 Kilometer der A 143. Der Weiterbau wurde vor 10 Jahren aus umweltrechtlichen Erwägungen gestoppt. Nun, die Landschaft bei Lieskau wird von Libellen, Fledermäusen und einem bestimmten Vogelpärchen bevölkert. Und diese Tiere sollen nicht gestört werden. Dadurch laufen immer neue und aufwendigere Planungen. Die voraussichtlichen Baukosten sind von ursprünglich 80 Mio. Euro auf nunmehr 240 Mio. Euro angestiegen.

Eine kürzlich von der EU-Kommission ins Spiel gebrachte Alternativtrasse ist noch zehn Kilometer länger, benötigt doppelt so viele Brücken und würde uns deshalb noch einmal rund 175 Mio. Euro zusätzlich kosten. Dann wären wir insgesamt bei mehr als dem Fünffachen der ursprünglichen Kosten angelangt – und das hauptsächlich wegen umweltpolitischer Auflagen!

Es gibt noch etliche weitere solcher Beispiele.

Meine Damen und Herren, bitte verstehen Sie mich jetzt nicht falsch: Kein Unternehmer ist gegen den Umwelt- und Naturschutz. Und auch ich positioniere mich eindeutig dafür, denn wir Menschen gehen alles andere als sorgsam mit den Ressourcen unserer Welt um.

Aber, man muss sich so manches Ideal auch leisten können, die Verhältnismäßigkeit muss gewahrt bleiben. Und wir brauchen nun mal Investitionen, zumal in die Infrastruktur. Sonst wird's nichts mit dem Wachstum! Die Zinsen sind so niedrig wie nie. Diese Gelegenheit sollte die öffentliche Hand nicht ungenutzt verstreichen lassen. Gerade die Kommunen sollten jetzt ihre örtliche Infrastruktur zügiger ausbauen. Davon würde das ganze Land profitieren. Wir werben daher für eine kommunale Investitionsoffensive 2020.

Zum Schluss darf ich eine positive Botschaft verkünden: Es ist gelungen, den Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ für 2019 nach Halle zu holen. Das wird eine echte Großveranstaltung. Aus der gesamten Republik werden die besten Musiktalente zu uns kommen. Halle und umliegende Regionen dürfen sich für eine Woche auf eine Gästezahl von 4.000 bis 5.000 Menschen einstellen. Das ist eine großartige Chance für unsere Region und für das gesamte Land Sachsen-Anhalt.

Meine verehrten Damen und Herren,
eines eint die Völker und Kulturen dieser Welt. Alle begrüßen feierlich das neue Jahr.
In diesem Sinne, alles Gute für Sie.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören und bitte nun Herrn Dr. Schumacher um seinen Vortrag: